

p.B.15.21.Pol.(2) - CA/PGF/au

Vertraulich

p.B.15.21.Pol. ✓

p.B. 72.9.15.1. ✓

Besuch des polnischen Vizeausserministers Jozef Czyrek
in Bern vom 21. bis 22. Januar 1974

P r o t o k o l l

der Besprechungen vom 21. Januar 1974
(09.30 - 12.00 Uhr und 15.00 - 17.30 Uhr)

An den in Deutsch geführten Gesprächen beteiligten sich

auf schweizerischer Seite:

Ernesto Thalmann	Botschafter, Generalsekretär
Raymond Probst	Botschafter, Delegierter für Handelsverträge
Rudolf Bindschedler	Botschafter, Rechtsberater
Charles Müller	Botschafter, Chef der Politischen Abteilung I
François de Ziegler	Botschafter, Chef des Politischen Sekretariates
Louis Roches	Abteilungschef, Handelsabteilung
Karl Fritschi	Stellvertr.Chef der Politischen Abteilung I
Claudio Caratsch	Dipl.Adjunkt (Aufzeichnung)
Gian Federico Pedotti	Dipl.Mitarbeiter (Aufzeichnung)

auf polnischer Seite:

J. Czyrek	Vizeausserminister, Delegationsleiter
S. Wilski	Botschafter in Bern
J. Makosa	Stellvertr.Direktor des Ausser- ministeriums, 4. Abteilung (Westeuropa)
J. Raczkowski	Botschaftsrat
R. Ceglowski	Handelsrat
M. Paszkowski	Erster Sekretär Mitglied der polnischen KSZE-Dele- gation in Genf



Traktandenliste

1. K S Z E
2. Polnische Stellungnahme über die Beziehungen zur BRD
3. Energiefragen
4. Bilaterale Beziehungen

1. KSZE

Vizeausserminister Czyrek drückt den Wunsch aus, dass im Neuen Jahre mit einem neuen Geiste an der KSZE gearbeitet werden möge. Bedeutung der Konferenz auf zwei Ebenen: 1. Ausdruck bestehender Tendenzen zur Entspannung; 2. Ort eines kreativen Wirkens für die Zukunft.

1. Zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg wurde von allen europäischen Staaten eine solche gemeinsame Leistung erbracht. Helsinki hat eine gute Ausgangslage geschaffen. Schweizerische Vorbereitungen in Genf haben tadellose praktische Durchführung ermöglicht.

Trotz der angespannten Weltlage im Herbst wurde die Konferenz unbehindert fortgesetzt. Ueberhaupt finden die Diskussionen in guter Atmosphäre statt, obwohl sich die Arbeiten zu langsam abwickeln.

Bei manchen Delegationen ist eine Tendenz bemerkbar, das Tempo zu verlangsamten. Durch allgemeine Diskussionen wird die Vorbereitung der eigentlichen Konferenz vernachlässigt.

2. Eine Phase der konkreten Erfüllung ist jetzt möglich geworden, insbesondere für die Körbe 2 und 1.

Zu Korb 1 stellt sich für Polen das Problem der Unverletzlichkeit der Grenzen: das Prinzip wird weiterhin konsequent verfochten. Polen ist nicht einverstanden mit Vorschlägen, die den Grundsatz abschwächen würden, sei es auch eine Einschränkung auf Grund völkerrechtlicher Prinzipien. Diese Haltung erfolgt nicht aus Angst wegen der Oder-Neisse-Grenze, sondern auf Grund früher gemachter schlechter Erfahrungen mit solchen Lösungsversuchen (Locarno, Kellogg-Pakt). In Zukunft darf das Gefühl der Sicherheit

eines jeden Staates in seinen eigenen Grenzen nicht in Frage gestellt werden; dies würde das Ziel der Konferenz entkräften.

Die Möglichkeit von friedlichen Korrekturen wird nicht abgestritten.

Bei den anderen Problemen im Korb 1 geht es nur noch darum, geeignete Formulierungen zu finden.

Polen anerkennt die Wichtigkeit der Arbitrage und würde mit Interesse die schweizerischen Gedanken über das weitere Vorgehen vernehmen.

Im Korb 2 ist Polen eine allgemeine Meistbegünstigungs-Klausel erwünscht. Obwohl Polen die Tatsache der wirtschaftlichen Gruppierungen in Europa anerkennt, zeigt die Energiekrise, dass nur eine allgemeine Zusammenarbeit die gesamten Aufgaben betreffend Infrastruktur und Verbindungen lösen könnte. Trotzdem ist Polen im gegenwärtigen Zeitpunkt eine europäische Konferenz über Energieprobleme nicht erwünscht.

Am Korb 3 scheiden sich die Geister und werden sich wohl auch in der kommenden Zeit noch streiten. Jeder Teilnehmer versucht, die anderen an die Wand zu drücken. Ein Ausweg kann nur darin bestehen, Schattierungen und Nuancen, geschichtliche Prozesse, Sitten und Gewohnheiten zu beachten und, wie im Korb 1, Normen zu fixieren. (Als Beispiel zur relativen Wertung des Problems Pornographie: der polnische Aussenminister Olszowski wurde vom Pabst ausdrücklich gelobt für die Verhinderung der Pornographie in Polen). Es geht auch hier um eine Variante des Nichteinmischungsprinzips.

Polen wünscht nun rasch zur Diskussion der Resultate überzugehen. Als Realist erwägt Czyrek als Zeitpunkt für die dritte Phase Anfang Juli. Diese Konferenz sollte auf höchstmöglicher Ebene stattfinden, um Texte mit verbindlicher Unterschrift zu versehen.

Für die Weiterführung der Arbeiten erwägt Polen eine Institutionalisierung in konsultativer Form, ohne permanente Organe, als Rückgriffsmöglichkeit zur Wiederaufnahme und Weiterentwicklung der Arbeiten und als Ausdruck einer Demokratisierung des internationalen Lebens. (Mitverantwortung und Mitbestimmung aller Völker Europas).

Botschafter Thalmann: In der Beurteilung der Zielsetzungen der Konferenz stehen wir uns sehr nahe; sie muss zu einem Erfolg führen. Dagegen bestehen einige Meinungsverschiedenheiten über gewisse Tendenzen, so z.B. betreffend die Unverletzlichkeit der Grenzen, obwohl wir für die polnische Analyse des historischen Problems seiner Grenzen viel Verständnis aufbringen.

Botschafter Bindschedler äussert sich über die schweizerische Haltung zu den Einzelfragen.

Der Korb 1 als Prinzipienkatalog: ganz allgemein erachten wir es als überflüssig, eine reine Bestandesaufnahme vorzunehmen, und die UNO-Charta zu wiederholen. Die Grundsätze sollten ausgebaut, klarer gefasst werden, um zukünftige Streitigkeiten auszuschalten. Dementsprechend zielen die schweizerischen Vorschläge dahin, etwas mehr zu erreichen.

Zur Unverletzlichkeit der Grenzen ist von Bedeutung, dass diese nicht durch Gewalt, Androhung von Gewalt oder Druck verändert werden. Dagegen sollen auf friedlichem Weg, unter friedlicher Zustimmung beider Teilnehmer, Korrekturen möglich sein. Logischerweise sollte dieser Grundsatz bei der Formulierung des Prinzips erwähnt werden; es könnte jedoch auch an anderer Stelle geschehen.

Der schweizerische Vorschlag reduziert sich nicht auf die Arbitrage sondern bezieht sich auch auf andere Prozeduren wie Untersuchungs- Vermittlungs- und Vergleichsverfahren. Das Verbindende ist der obligatorische Charakter, und dieser ist für uns auch das wichtigste. Falls es nicht möglich ist, das gesamte System in Genf auszuarbeiten, müsste es aufgrund eines Beschlusses der 3. Phase, mit Hinweis auf die Notwendigkeit des obligatorischen Charakters, in einem andern Gremium fortgesetzt werden. Wenn selbst ein solcher Beschluss nicht möglich wäre, müssten wir dieses enttäuschende Ergebnis eindeutig konstatieren.

Was die vertrauenbildenden Massnahmen im militärischen Bereich betrifft, so herrscht in der zuständigen Kommission einige Verwirrung über Details. Es scheint uns, dass klare Instruktionen für alle Delegationen notwendig wären.

Im Korb 2 scheinen die Fortschritte am grössten.

Zum Korb 3 müssen wir wieder unserer Ueberzeugung Ausdruck verleihen, dass die politische Entspannung der Ergänzung in Form grösserer Freiheit der zwischenmenschlichen Beziehungen bedarf. Dies umfasst Möglichkeiten zu Reisen, zu besserem Informationsaustausch. Dieses Ziel verfolgen wir nicht aufgrund einer Bündnispolitik sondern aus der inneren Ueberzeugung eines alten demokratischen Staates heraus. Das Risiko der Verbreitung von Pornographie kann schon durch die klassische Anwendung der "ordre public Ausnahme" umgangen werden. Diese ist übrigens selbstverständlich, und in vielen Abkommen fixiert. Die klassische Klausel könnte im Korb 3 formuliert werden.

Unser Vorschlag zum Informationsaustausch, der gut aufgenommen wurde, hat nichts mit Einmischung in innere Angelegenheiten zu tun: das Völkerrecht verbietet staatliche Eingriffe; im Informationswesen geht es jedoch um Belange von Privatpersonen.

Die Folgen der Konferenz erscheinen noch ganz offen. Wir haben noch keine Entschlüsse gefasst, sehen jedoch die Vorteile, die gewisse Organe bieten könnten. Dies wird alles im Lichte der Resultate der Konferenz zu beurteilen sein.

Vizeausserminister Czyrek repliziert zum Thema der Grenzen: seine Konsultationen mit der Bundesrepublik Deutschland zeigten, dass dort keine neuen Normen erwünscht seien. Polen dagegen will nicht beim Gewaltverzicht stehen bleiben sondern weitere Normen und Rechtsquellen zum Tragen bringen.

Einvernehmliche Massnahmen betreffend die Grenzen sind schon aufgrund der normalen Souveränitätsrechte möglich. Die Debatte in Genf geht ja überhaupt nicht um westliche Grenzen sondern eindeutig um die Grenzen in Zentraleuropa. In dieser Region muss man einen Prozess der Entwicklung von Nationen, Staaten, einer neuen Menschheit, berücksichtigen. Den gegenwärtigen Status in Frage zu stellen wäre der Entspannung abträglich.

- 6 -

Zum SRPD: Polen ist nicht gegen die Arbitrage. Die Frage ist, ob es nicht zu früh ist. Die Entwicklung der internationalen Beziehungen hat erst die Etappe des Konsens erreicht. Ein obligatorisches Schiedssystem wird in einer späteren Etappe aktuell. Nimmt mit Genugtuung von der Idee Kenntnis, dass die Weiterarbeit am SRPD in einem späteren Stadium erfolgen könnte und nicht gesamthaft in die Beschlüsse der Konferenz eingebaut werden muss. Er anerkennt die realistische Haltung der Schweiz.

Mit Bezug auf die Unterhaltung in Warschau über die polnische Idee eines kollektiven Sicherheitssystems, würde er den schweizerischen Vorschlag als die Krönung eines solchen Systems sehen.

Zum Korb 3: Polen befürchtet hier praktische Folgen abstrakter Beschlüsse, als Ausdruck der Entwicklung in Europa, z.B. Gegensätze der staatlichen Regeln betreffend gemischte Ehen, Alimentenprobleme.

Botschafter Thalmann berührt noch das Thema der gegenwärtigen Lage der militärischen Konfrontation. Die grössten Gefahren kommen von den Supermächten und es ist auch deren Verantwortung, sich darum zu kümmern. Man beobachtet heute zwei gegensätzliche Entwicklungen, einerseits eine vernünftige Haltung der Supermächte z.B. während dem Nah-Ost Konflikt, andererseits die respektiven Haltungen im Fernen Osten. Dies mag erklären, dass SALT und MFR Verhandlungen in der Sackgasse sind. Inzwischen geht die Aufrüstung der SU unverzagt weiter.

Vizeausserminister Czyrek bestätigt, dass Spannungsquellen nicht versiegt sind. Trotzdem besteht ein gewisses Einverständnis der Supermächte zur Begrenzung der Konflikte. Anstatt die Supermächte zu kritisieren, sollte man sie in der Bestrebung unterstützen, Gefahren auszuschalten. Der erwartete Nixon-Besuch in der SU dürfte wohl die Entwicklung in den SALT fördern. In Wien werden auf beiden Seiten maximalistische Forderungen vorgebracht, man versucht beiderseits noch, den Gegner zu überlisten. Das Versöhnungsziel dürfte in der Gleichheit der beiderseitigen Sicherheitsinteressen liegen. Im Moment (Anfangsphase) gibt es auch dort noch Probleme mit künstlichen Prinzipien (z.B. fremde Truppen). Wichtig ist es, ein

europäisches Wettrüsten zu vermeiden um Löcher zu stopfen, die der Abbau der Truppen der Supermächte hinterlassen könnte. Bei Gesprächen mit Grossbritannien und Belgien ist den Polen die Tendenz zur EWG-Aufrüstung aufgefallen. Schlussendlich wird man zur Perspektive atomarer Abrüstung gelangen müssen.

2. Polnische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Vizeausserminister Czyrek wünscht den Stand der Beziehungen zwischen Polen und der BRD zu erläutern. Nach Abschluss des Abkommens von 1970 erfolgte ein Stillstand wegen abweichender Interpretationen des Vertrags. Einerseits gab es deutsche Parteien und Vereine, die die Festlegung der Grenze in Frage stellen wollten; andererseits konzentrierte sich das Interesse der deutschen Behörden ausschliesslich auf die "Familienzusammenführung".

Seit dem Treffen in Helsinki zwischen den beiden Aussenministern (1973) sind die Sachen wieder in Fluss gekommen. In politischer Hinsicht hat Polen eine aufrichtige Anwendung einer Partnerschaft vorgeschlagen. In wirtschaftlicher Hinsicht kann man sich bereits auf abgeschlossene Abkommen stützen (Handelsabkommen, Zusammenarbeit, Zehnjahresprogramm). Auch hier sollten die Kooperationsbestrebungen in ein langfristiges Programm der Partnerschaft ausmünden (Rohstoff-Austausch, Industrie, Arbeitsteilung auf dauerhafter Basis).

Diese Programme bedingen eine Aenderung der Kreditpolitik: sowohl durch eine Ausweitung der Hermesgarantie wie auch durch beträchtliche Finanzkredite an Polen. In polnischer Sicht würde ein deutsches Entgegenkommen in dieser Sache eine indirekte Lösung des Entschädigungsproblems beinhalten.

Das Uebersiedlungsproblem kann Polen nicht als rein humanitäre Angelegenheit betrachten, da die sozio-ökonomischen Aspekte im Vordergrund stehen. Auch diese sollten auf moderne Art gelöst werden: z.B. könnte eine technische und finanzielle Hilfe der BRD die Automatisierung der polnischen Wirtschaft beschleunigen, um in einigen Sektoren (schlesischer Bergbau) die auswanderungswillige Belegschaft entbehrlich zu machen.

3. Energiefragen

Vizeausserminister Czyrek. Die Energiekrise war vorauszusehen. Sie bildet ein strukturelles Problem. Heute bewirkt sie eine Aenderung der Preisstrukturen, bald wird sich jedoch vermehrt die Knappheit spürbar machen. Früher oder später wird sich auch die Ernährungsfrage stellen. Westeuropa, Japan und die Dritte Welt (zu der auch Polen gezählt werden muss) sind die Hauptopfer.

Die Lage muss also neu überdacht werden, sowohl in Bezug auf die Diversifikation der Energiequellen, wie auf die Preisbildung. Die Preise können sich nicht immer nach den Interessen der Reichen richten. In Polen hat man Zweifel über die Nützlichkeit der multinationalen Gesellschaften, im Oel-Sektor wie auch bei der Verteilung von anderen Rohstoffen.

Heute stellt sich in erster Linie die Frage nach den zukünftigen Beziehungen West-Europa - Produzentenländer. Polen importiert Benzin aus dem Westen und ist durch Mengen- und Preisprobleme berührt worden. Auch im Kunstfasernsektor ist Polen auf Importe aus dem Westen angewiesen. Durch eine Verteuerung dieser Produkte will es nun Entwicklungsprozesse in Richtung einer nationalen Produktion auslösen.

Wie die SU hat Polen insgesamt jedoch eine positive Energiebilanz, dank der Kohle (1973: 160 M t Steinkohle und 30 M t Braunkohle gefördert). Wegen Kapitalmangel können die riesigen neu entdeckten Reserven von Lublin nicht ausgebeutet werden. Dies soll zu einer neuen Form der Zusammenarbeit führen, durch die Erschliessung mit Kapitalhilfe der Verbraucherländer. "Europäische Bedeutung der polnischen Kohle" (Scheel).

Polen bietet noch drei andere Varianten der Zusammenarbeit:

1. Stromlieferung: 30 Milliarden kWh könnten schnell verfügbar sein. Diskussionen mit Schweden (Transportkabel unter Baltischem Meer), BRD/Westberlin (20 md kWh Oesterreich und Schweiz.

2. Uebernahme von Industrien mit grossem Energieverbrauch (Buntmetalle etc.)

3. Carbochemie (Verträge mit BRD und USA) zur Lieferung von Gas. Durchführung chemischer Prozesse, Zwischenprodukte auf Lizenzbasis etc.)

Die polnischen Kohlevorräte reichen für 250 Jahre.

Botschafter Thalmann konstatiert, dass die Krise allgemein vorausgesehen wurde, und dass man trotzdem nicht in der Lage war, rechtzeitig etwas dagegen vorzukehren. Wenigstens wurden in der Folge die Sparmassnahmen umso leichter durchgesetzt. Es ist noch zu früh um sich Lösungen vorzustellen. Wir interessieren uns für die internationalen Bemühungen: die Schweiz beteiligt sich am Petroleumkomitee der OECD; dagegen sind wir nicht unglücklich, in Washington nicht dabei zu sein. Die Gespräche sollten zwischen Produzenten und Konsumentenländern erfolgen.

Die Kooperationsmöglichkeiten mit Polen interessieren uns ausserordentlich. Bekanntlich ist unsere Energiebilanz negativ. Unsere Wasserkraft ist schon extrem ausgenützt.

Botschafter Probst: Die Schweiz bemüht sich heute um eine Diversifizierung der benützten Energieträger sowie der Provenienzen. Wir forcieren den Einsatz von Atomkraftwerken, obwohl auch das angereicherte Uran importiert werden muss.

Als tiefste Einwirkung der Energiekrise erscheinen heute die Rückwirkungen der Devisenüberschüsse der Produzentenländer auf die monetäre Weltlage. Die Dritte Welt könnte die Entwicklungshilfe, die aus den Ueberschüssen der Industrieländer finanziert wurde, in Frage gestellt sehen. Die Lage der Produzentenländer ist wiederum verschieden, je nachdem sie ihre Einnahmen mehrheitlich in der nationalen Industrie wieder investieren oder nur Anlagen in Drittländern tätigen. Für alle diese Länder dürfte jedoch schon klar sein, dass der optimale Preis für Erdöl nicht mit dem maximalen Preis identisch ist.

- 10 -

Die Kooperationsmöglichkeiten mit Polen sind schon seit Mitte letzten Jahres in Diskussion und finden in der Schweiz Interesse. So werden bereits die Möglichkeiten von Stromlieferungen geprüft, sowie die eventuelle Finanzierung einer Stromleitung zwischen beiden Ländern. Die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Organisationsformen könnte noch Hindernisse in diesen Weg stellen.

Bezüglich der Industrieverlegung nach Polen werden wir die Industriekreise informieren; ebenfalls über das polnische Angebot der Produkte aus der Carbochemie.

Vizeausserminister Czyrek freut sich über die gemeinsamen Interessen der beiden Länder. Er möchte noch erfahren, ob nach schweizerischem Ermessen Westeuropa in der Lage sein wird, direkt mit den Produzentenländern zu verhandeln, oder ob das Patronat der USA wieder hergestellt wird.

Botschafter Probst erachtet die Beantwortung der Frage heute als schwer. Die Diagnose ist noch nicht vollständig. Wie schon erwähnt, besteht unsere Tendenz darin, als Industriestaat eine möglichst unabhängige Versorgung zu gewährleisten und die Diversifikation der Quellen zu betreiben. So haben wir kürzlich mit Algerien einen Vertrag über die Lieferung von 1 Milliarde m³ Erdgas pro Jahr abgeschlossen.

Botschafter Thalmann bemerkt zum gleichen Thema, dass im allgemeinen unsere Erfahrungen mit den multinationalen Oelgesellschaften gut gewesen sind. Eine unabhängige direkte Belieferung würde durch die Tatsache erschwert, dass die Schweiz keine nationale Erdölfirma besitzt.

Vizeausserminister Czyrek bemerkt, dass Polen zwar eine Firma besitzt, aber grössere Oelvorkommen immer noch sucht. Die Oelprospektion stellt auch Kapitalprobleme.

4. Bilaterale Fragen

Botschafter Thalmann stellt fest, dass sich unsere bilateralen Beziehungen während der letzten zwei Jahre auf allen Gebieten in erfreulicher Weise entwickelt haben. Nachdem die Frage des polnischen Bauvorhabens in Genf positiv geregelt werden konnte, scheinen keine ungelösten Fragen mehr vorhanden.

Botschafter Probst stellt einleitend fest, dass die Handelsbeziehungen beider Länder sich während der vergangenen Jahre sehr günstig entwickelt haben. Bekanntlich verzeichnet jedoch die Handelsbilanz immer noch starke schweizerische Ueberschüsse. Während seiner letzten Begegnung mit Aussenhandelsminister Olechowski im Juni 1973 in Warschau besprach Herr Probst mit ihm die Möglichkeiten, diese Situation zu Gunsten Polens zu verbessern. Zur Behebung dieser Lage wurden polnischerseits zwei Angebote gemacht: Export von Elektrizität und von Baukapazitäten durch spezialisierte Firmen. Polnische Energieexporte könnten sehr wohl zum Gleichgewicht der Handelsbilanz beitragen; Tätigkeiten polnischer Baufirmen in der Schweiz wären hingegen wegen den konjunkturbedingten Baubeschränkungen im Moment nicht ins Auge zu fassen. Ausserdem erscheint das polnische Handelsdefizit je nach statistischer Präsentation (Transithandel) in einem anderen Lichte.

Herr Probst erinnert daran, dass Verhandlungen über Energielieferungen aus Polen bereits begonnen haben (eine Verhandlungsrunde fand im November 1973 statt) und dass sie im Februar dieses Jahres fortgesetzt werden. Andererseits weist Herr Probst darauf hin, dass die Struktur unserer Einfuhren aus Polen während der letzten Jahre zu einer Veränderung gegenüber früher zeigte; wir importieren verhältnismässig immer mehr Industriewaren, die in ihrem Werte, wenn nicht in ihrem Umfang dazu beitragen, die Handelsbilanz zu Gunsten Polens zu verbessern. Ganz allgemein begrüsst die Schweiz die industrielle Entwicklung ihrer Handelspartner, welche immer neue Möglichkeiten des Austausches technisch fortschrittlicher Produkte öffnet.

Durch die neuen Abkommen über Handels- und Zahlungsverkehr wird der Austausch erleichtert werden. Die wichtigsten neuen Aspekte dieser Abkommen bestehen in der Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs am 15. Dezember 1973, in der gegenseitigen Zusicherung der Meistbegünstigung gemäss den GATT-Regeln, die zusammen mit dem kontingentfreien Austausch das Handelsabkommen zu einem sehr modernen Instrument macht, sowie in einer Goodwill-Klausel über die industrielle, technische und wissenschaftliche Kooperation, welche schweizerischerseits das Interesse für zukünftige Kooperationsunternehmungen unterstützen wird. Bereits in den Jahren 1972 und 1973 fanden gegenseitige Besuche polnischer und schweizerischer Industriekreise statt, gruppenweise unter der Führung von Vizeminister Dlugosz und von Direktor Kajzer von der polnischen Aussenhandelskammer, sowie schweizerischerseits unter Führung des Schweizerischen Bankvereins und im kommenden Frühjahr der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung. Kooperationsunternehmungen sind schon eingeleitet oder in Vorbereitung zwischen etlichen schweizerischen Grossfirmen und ihren polnischen Handelspartnern, wie etwa Ciba-Geigy, Sulzer, BBC, Nestlé, Interfood, Alusuisse etc. Die zukünftige Planung der Kooperation kann im Rahmen der vorgesehenen Gemischten Kommission gefördert werden.

Vizeausserminister Czyrek: Unsere bilateralen Beziehungen können als beispielhaft gelten. Polen ist sehr daran interessiert, die bestehende Methode der bilateralen Konsultationen in politischen sowie in Sachfragen weiterzuführen. Nach Abschluss der Sicherheitskonferenz könnte beispielsweise über das weitere Verfahren in der europäischen Entspannung auf diese Weise diskutiert werden. Man würde sich polnischerseits freuen, Herrn Generalsekretär Thalmann zu gegebener Zeit in Warschau zu empfangen.

Herr Czyrek erwähnt den noch nicht erfolgten Gegenbesuch des polnischen Generalstabschef, der seinerzeit (1969) in die Schweiz eingeladen worden war. Wenn die schweizerische Seite damit einverstanden ist, würde polnischerseits ein solcher Besuch sehr begrüsst.

Herr Czyrek schlägt weiter vor, Kontakte zwischen Regionen gleichen Charakters beider Länder zu ermöglichen; solche direkten Beziehungen könnten auch eine wirtschaftliche Bedeutung erlangen und würden den Bestrebungen der KSZE (Korb 3) einen konkreten Inhalt verleihen.

Im Interesse eines direkteren Kontaktes mit den wichtigen Industriekreisen der nördlichen Schweiz wäre Polen an der Eröffnung einer Vertretung in Zürich interessiert. Ueber die Form, die einer solchen Vertretung zu geben wäre, ist Polen vollkommen flexibel: es könnte ein Konsulat sein, eine Handelsvertretung oder eine Art Filiale der bestehenden Handelssektion in Bern. Polen würde natürlich die Reziprozität gewähren.

Zum Problem der polnischen Exporte von Landwirtschaftsprodukten führt Herr Czyrek aus, dass gewisse Kreise in Polen den Export auf Industriegüter beschränken möchten, doch erscheint es Herrn Czyrek wichtig, die Tendenz im Austausch zu berücksichtigen, die in diesem Falle eine langsame Steigerung der Exporte von Industrieprodukten in die Schweiz zeigt. In diesem Rahmen ist es vertretbar, den Export von Landwirtschaftsprodukten weiterhin aufrecht zu erhalten: bei der gegenwärtigen Marktlage ist übrigens dieser Export besonders interessant.

Herr Czyrek kommt noch auf die Offerte von Bauleistungen zu sprechen. Diese gründet sich auf eine genaue Marktanalyse. Wenn auch gegenwärtig konjunkturelle Verordnungen die Realisierung solcher Projekte verhindern, so sollte man schweizerischerseits die polnische Offerte doch im Auge behalten. Es könnte sogar eine Ausgangsbasis geschaffen werden, indem im Hinblick auf Projekte Doppelbesteuerungs- und Sozialversicherungsprobleme geregelt würden, wie Polen dies mit der BRD in Form eines Abkommens bereits getan hat und mit Oesterreich, gegebenenfalls auch mit Italien in nächster Zeit zu tun beabsichtigt. Im wesentlichen handelt es sich darum, die Situation der Arbeiter und des Baumaterials, welche zur Ausführung eines solchen Projekts von Polen temporär in das andere Land geschickt werden, zu regeln.

Was unseren Handelsaustausch anbelangt, teilt Polen mit der Schweiz die Ansicht, dass er sich während der in Frage kommenden Periode sehr gut entwickelt hat; dies lässt sich übrigens bei der Betrachtung der statistischen Daten beider Teile feststellen. Dennoch würde Vizeminister Czyrek es sehr begrüßen, wenn man sich neue Gedanken über die Perspektiven unserer zukünftigen wirtschaftlichen Partnerschaft machen würde. Nach der jüngsten Oel-Krise erscheint es ziemlich schwer, sich neue Vorstellungen über die Rolle zu machen, die die beiden Staaten im Gebiete der bilateralen und multilateralen Wirtschaftsbeziehungen spielen werden. Trotzdem sollte man sich schon jetzt überlegen, wie eine optimale Ausnutzung der Energie- und Rohstoffquellen sowie des wirtschaftlichen Potentials erreicht werden kann. Andernfalls würde man sehr bald auf neue Grenzen stossen, was sich belastend auf den bestehenden Entspannungsprozess auswirken würde. Es handelt sich um eine langfristige Planung, die es erlauben würde, neue zu erwartende Störungen auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt besser aufzufangen. In dieser Absicht will Polen die Planungskommission beim Ministerrat beauftragen, seine zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen und Kooperationsmöglichkeiten mit der Schweiz zu untersuchen, um die Perspektiven der langfristigen Entwicklung unter Berücksichtigung von Ausgleichsperioden auszuarbeiten. Eine solche Studie wird auch schon zwischen Polen und der BRD betrieben. Es würde polnischerseits begrüsst, wenn auch die Schweiz eine ähnliche langfristige Perspektive ausarbeiten würde, um bilateral darüber zu diskutieren. Herr Czyrek weist noch darauf hin, dass unsere beiden Abkommen über Handels- und Zahlungsverkehr in Warschau als sehr modern und beispielhaft betrachtet werden.

Herr Czyrek kommt noch kurz auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Drittmärkten (wie etwa Marokko) zu sprechen und fragt sich, ob eine derartige Kooperation nicht auch mit der Schweiz möglich wäre. Zurzeit bestehen solche schon mit der BRD und auch mit Oesterreich.

Botschafter Thalmann dankt Herrn Czyrek für seine Ausführungen und weist darauf hin, dass unsere beiden Länder noch lernen müssen, manche Hemmungen zu überwinden, die durch die Verschiedenheit der

Wirtschaftssysteme entstanden sind. Sodann werden sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen. Wir freuen uns, wenn Polen die neuen Abkommen die es mit der Schweiz geschlossen hat, als musterhaft betrachtet. Bekanntlich kommt unser Land an 12. Stelle unter den Handelsstaaten (nach Dollar-Abwertung sogar an 10. Stelle). Die Schweiz genießt den Ruf eines zuverlässigen Handelspartners und wird weiterhin auch für Polen eine seriöse Grundlage für die Durchführung langfristiger Geschäfte bieten. Wir wären sehr interessiert, den Text des bereits abgeschlossenen Abkommens mit der BRD über Doppelbesteuerungs- und Sozialversicherungsprobleme bei Bauleistungen zu erhalten.

Zum Besuch des polnischen Generalstabschef werden wir den schweizerischen Generalstabschef über Herrn Czyreks Ausführungen unterrichten.

Die Idee einer Zusammenarbeit zwischen Regionen beider Länder scheint uns interessant. Die Realisation solcher Projekte dürfte jedoch durch den föderalistischen Aufbau der Schweiz erschwert werden. Die polnische Botschaft sollte zu diesem Zwecke mit dem schweizerischen Städtebund in Verbindung treten.

Die Frage der Eröffnung einer polnischen Vertretung in Zürich kann ohne Schwierigkeiten gelöst werden; die zweckmässigste Lösung wäre unseres Erachtens, ein Konsulat zu eröffnen; dafür wäre die normale Prozedur zu wählen, wobei die Reziprozität seitens Polen bestätigt werden sollte.

Botschafter Thalmann bedankt sich auch für die freundliche Einladung Herrn Minister Czyreks.

Minister Czyrek kommt auf unsere kulturellen Beziehungen zu sprechen; sie waren während der letzten zwei Jahre in allen Bereichen sehr rege. Herr Czyrek erwähnt lobend die Schweizer Ausstellung plastischer Kunst im Jahre 1973, sowie den schweizerischen Beitrag an die Kopernikus-Gedächtnisfeier.

Der andauernde Journalistenaustausch ist erfreulich. 1974 wird das 30jährige Bestehen der Volksrepublik Polen gefeiert. Herr Czyrek hofft, dass zu diesem Anlass zahlreiche Schweizer

Journalisten Polen besuchen werden und dass ihre Reportagen in der Schweiz in gebührender Weise publiziert werden.

Die Tatsache, dass kein einziger Schweizer Journalist dauernd in Polen residiert, wird bedauert. Es ist zwar bekannt, dass einige westdeutsche Korrespondenten aus Warschau auch Schweizer Zeitungen bedienen. Dies ist jedoch kein Ersatz.

Auch einen gesteigerten Stipendienaustausch würde man polnischerseits begrüßen. Die Zahl von 3 Stipendiaten pro Jahr ist gering. Zudem bedauert man polnischerseits den offensichtlichen Mangel an schweizerischen Kandidaten für polnische Stipendien. Herr Czyrek fragt ob die Gründe dieser Situation bekannt sind (ungenügende Höhe der Stipendien?).

Im Hinblick auf ein besseres gegenseitiges Verständnis, schlägt Herr Czyrek auch eine gemeinsame Revision der Schulbücher (Geschichte, Geographie, Allgemeinbildung) vor, obwohl in der Schweiz nicht die gleichen Probleme wie in der Bundesrepublik Deutschland bestehen.

Botschafter Thalmann dankt Herrn Czyrek für seine Ausführungen. Die Schweiz wird weiterhin die kulturellen Beziehungen fördern.

Die Berichterstattung durch Herrn Schaffroth im "Bund" ist mit regem Interesse gelesen worden. Diese Tatsache ist nicht erstaunlich, da Polen ohnehin bei uns sehr populär ist. Wir sind weiterhin gerne bereit, polnische Journalisten bei uns zu empfangen.

Unsere Presse, bedrängt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, ist leider nicht in der Lage, in Warschau Korrespondenten zu unterhalten. So muss sie sich mit der Berichterstattung der grossen Nachrichtenagenturen begnügen.

Zur Stipendienfrage: Neben den drei staatlichen Stipendien gibt es noch mindestens drei andere, die schweizerische Universitäten direkt mit polnischen Universitäten austauschen. Unser Stipendienprogramm ist bis zum Jahre 1976 festgesetzt. Vor diesem Zeitpunkt kann also eine Veränderung nicht ins Auge gefasst werden.

Herr Thalmann weist im übrigen darauf hin, dass heute das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern auch weitgehend durch den zunehmenden touristischen Verkehr gefördert wird.

Bezüglich der Zusammenarbeit über Schulbücher schlägt Herr Botschafter Thalmann vor, dass sich die polnische Botschaft direkt an die Interkantonale Lehrmittelkonferenz wendet, die für diese Fragen zuständig ist.

Minister Czyrek möchte, auf Anregung der polnischen Botschaft, die eventuelle Nützlichkeit des Abschlusses eines bilateralen Abkommens über Rechtshilfe prüfen. Ein solches könnte gewisse menschliche Probleme auf einer gemeinsamen Basis besser lösen (z.B. Mischehen und Alimentenforderungen). Polen hat Rechtshilfeabkommen mit einer grossen Zahl von andern Ländern abgeschlossen.

Botschafter Thalmann stellt dazu fest, dass bis jetzt seines Wissens keine Schwierigkeiten bei der vertragslosen Rechtshilfe auf Reziprozitätsbasis aufgetaucht sind. Die Materie ist ohnehin zu trennen zwischen Rechtshilfe- und Konsularabkommen. Bilaterale Konsularabkommen werden durch die Schweiz nicht abgeschlossen, da sich diese in der Praxis auf die Wiener Konvention stützt. Wenn es sich hingegen um Rechtshilfeabkommen handelt, so ist zu bemerken, dass zurzeit in der Schweiz ein neues Rechtshilfe-Gesetz ausgearbeitet wird. Ein bilaterales Abkommen sollte darauf abgestimmt werden. Die Frage wird durch unsere Justizbehörden zu prüfen sein, denen wir den polnischen Vorschlag vorlegen werden.

Minister Czyrek, der den sehr nützlichen Gedankenaustausch zwischen beiden Delegationen sehr geschätzt hat, dankt insbesondere für den raschen schweizerischen Entschluss betreffend die polnische Vertretung in Zürich sowie für die schnelle Erledigung des polnischen Begehrens betreffend den Bau einer Kanzlei in Genf. Bei dieser Gelegenheit unterstreicht er, wie sehr die polnische Regierung die internationale Rolle Genfs anerkennt und weiterhin unterstützen wird.

Botschafter Thalmann dankt Herrn Czyrek für seine freundlichen Worte und antwortet, dass trotz gewissen strukturellen Durchführungsschwierigkeiten die Rhonestadt ihre international anerkannte Rolle weiterhin traditionsgemäss ausüben wird.

Botschafter Thalmann schliesst die Diskussion.